

Beobachtung durch den Verfassungsschutz

In Abgrenzung zu der in Niedersachsen bereits seit 2005 als verfassungsfeindlich beobachteten Gruppierung „Exilregierung Deutsches Reich“ vertreten „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ nicht per se rechtsextremistische Ansichten und können so nur zum Teil dem Phänomenbereich Rechtsextremismus zugeordnet werden.

Gleichwohl sind für „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ hinreichende Anzeichen für eine extremistische Bestrebungen vorhanden.

Diese sind in der grundsätzlichen Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Gesetze und Normen sowie ihrer Institutionen beinhaltet.

Bei einigen Gruppierungen sowie bei einzelnen „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ kommen neben der Aufstellung kruder Weltverschwörungstheorien zusätzlich auch weitere Ideologeelemente des Rechtsextremismus wie Antisemitismus oder Fremdenfeindlichkeit zum Tragen, welche in ihren jeweiligen Ausprägungen ebenfalls Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen begründen.

Handlungsempfehlungen

Diskussionen sind wenig zielführend. Die Personen wollen Verwirrung stiften, um staatliche Stellen vom rechtlich gebotenen Handeln abzulenken.

Staatliche Stellen sollten hingegen schnell und konsequent handeln. Beleidigungen, Bedrohungen und weitere strafrechtlich relevante Verhaltensweisen sollten unverzüglich den Strafverfolgungsbehörden angezeigt werden.

Schriftwechsel sollten auf das absolut notwendige Mindestmaß beschränkt sein. Insbesondere Widersprüche oder ähnliches, in denen die Rechtmäßigkeit der Bundesrepublik Deutschland angezweifelt wird, sind schlicht als unbegründet zurückzuweisen. Auf Erklärungen oder Proklamationen sollte nicht reagiert werden.

Grundsätzlich sollten Eingaben von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ entweder an die zuständige Polizeidienststelle oder an den Niedersächsischen Verfassungsschutz zur Prüfung und weiteren Bearbeitung zugeleitet werden. Dies gilt ebenso für allgemeine Informationen über Aktivitäten von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“.

Sensibilisierung der Öffentlichkeit

Der Verfassungsschutz informiert Politik und Bürger u. a. über extremistische Bestrebungen und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung.

Er organisiert Fachtagungen, publiziert Informationsmaterialien und steht auf Anfrage für Fachvorträge und Fortbildungsveranstaltungen zur Verfügung.

Nur gemeinsam – als Partner in der Prävention – können die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes dem gesamtgesellschaftlichen Bemühen um Bekämpfung des Extremismus dienen.

Weitere Informationen zum Extremismus finden Sie auf der Internetseite des Niedersächsischen Verfassungsschutzes.



Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
- Verfassungsschutz -

Der Niedersächsische Verfassungsschutz informiert

www.verfassungsschutz.niedersachsen.de

Herausgeber:
Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
- Verfassungsschutz -
Büttnerstr. 28, 30165 Hannover
Telefon: 0511/6709-217
Telefax: 0511/6709-394
E-Mail: [oeffentlichkeitsarbeit@
verfassungsschutz.niedersachsen.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@verfassungsschutz.niedersachsen.de)



Niedersachsen

Was sind Reichsbürger?

Bei „Reichsbürgern“ handelt es sich um eine heterogene Gruppe. Sie setzen sich aus autark handelnden Einzelpersonen sowie Gruppierungen zusammen, die sich in ihrem Wesen zum Teil deutlich unterscheiden.

Das Spektrum reicht von politisch interessierten Trachtenvereinen über esoterisch geprägte Gruppen bis hin zu rechtsextremistisch motivierten Personenzusammenschlüssen.



Was sind Selbstverwalter?

Neben den „Reichsbürgern“ glauben einige Personen, aus der Bundesrepublik Deutschland „austreten“ zu können. Diese Personen werden als „Selbstverwalter“ bezeichnet. Die „Selbstverwalter“ schließen sich bspw. zu „Germaniten“ zusammen oder kommen in einem esoterischen Gewand daher.

Es werden „Königreiche“ ausgerufen und „Krönungszeremonien“ veranstaltet. Im Zentrum kann eine guruartige Person stehen. „Selbstverwalter“ sind weit überwiegend nicht rechtsextremistisch motiviert, auch wenn einige Personen einen entsprechenden Vorlauf haben. Sie bedienen sich jedoch Argumentationsmustern der rechtsextremistischen Reichsideologie.

Ablehnung der Existenz der Bundesrepublik

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ lehnen die Bundesrepublik Deutschland, deren Repräsentanten, das Grundgesetz und die darin konkretisierte freiheitliche demokratische Grundordnung rigoros und fundamental ab.

Die Bundesrepublik wird als „Besatzungskonstrukt“ verunglimpft, ihre Gesetze und Rechtsordnung für nicht verbindlich erklärt. Zentrales und tragendes Element der Reichsbürgerideologie ist die Leugnung der Bundesrepublik Deutschland als Staat.

„Reichsbürger“ beharren stattdessen auf der Annahme, weiterhin und ausschließlich Angehörige des Deutschen Reiches zu sein, das je nach Gruppierung in verschiedenen, jedoch in seinen Grenzverläufen deutlich über das Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hinausreichenden Umfang als Hoheitsgebiet verstanden wird. Die Reorganisation des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 ist dabei die häufigste Forderung von „Reichsbürgern“.

Durch die von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ vertretenen Auffassungen und Verhaltensweisen werden Prinzipien unseres Rechtsstaates abgelehnt. Diese Konfrontation erfolgt gegenüber der öffentlichen Verwaltung auf Landes- und Bundesebene, vor allem jedoch auf kommunaler Ebene. Exemplarisch sind hier die Unabhängigkeit der Gerichte oder die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht zu nennen.

An ihrer Stelle werden eigene Gesetze bzw. ein eigenes durch Reichsbürger selbstbestimmtes Naturrecht als verbindliche Rechtsordnung verkündet. Es wird versucht, diese mit Renitenz und teilweise mit Gewaltandrohung, in einigen Fällen, auch unter Anwendung von Gewalt durchzusetzen.

Selbsterstellte Dokumente

Typisch ist hier auch die teilweise entgeltliche Herstellung und der Gebrauch von selbstgestellten Dokumenten, Führerscheinen oder Personenausweisen (siehe Abb.).



Probleme für Behörden

Im Allgemeinen treten „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ aktiv für die Verwirklichung ihrer Ziele ein. Hierzu gehören zum Beispiel Werbeaktivitäten, aber auch aggressive Verhaltensweisen gegenüber Gerichten, Behörden und der Polizei, die in ihrer Arbeitsweise behindert werden und deren Mitarbeiter sich Belästigungen und Bedrohungen ausgesetzt sehen.

Verschiedene Gruppierungen

Die Reichsbürgerideologie und deren Vorgehensweise werden von verschiedenen Gruppierungen für sich in Anspruch genommen. Bei einigen Gruppen geht diese Ansicht mit einer revisionistischen und zum Teil auch antisemitischen Einstellung einher. Durch die verschiedenen Ansichten sind sich die einzelnen Gruppen untereinander nicht einig und konkurrieren teilweise miteinander.

Nachfolgende Gruppierungen sind bisher in Erscheinung getreten, wobei die Aufzählung nicht abschließend ist:

- „Kommissarische Reichsregierung des Staates 2tes Deutsches Reich“
- „Exilregierung Deutsches Reich“
- „Die Exil-Regierung Deutsches Reich“
- „Regierung des Deutschen Reichs“
- „Volks-Bundesrath“
- „Volksbewegung Dem Deutschen Volke“
- „Freistaat Preußen“
- „Volksgruppe – Ringvorsorge“ („Germaniten“)
- „NeuDeutschland“
- „Fürstentum Germania“
- „Republik Freies Deutschland“
- „Deutsche Polizei Hilfswerk“

Zunahme der Aktivitäten

Der Niedersächsische Verfassungsschutz hat zuletzt eine deutliche Zunahme von Aktivitäten festgestellt, die dem äußerst heterogenen Reichsbürgerspektrum zugerechnet werden. Eine strategische Vernetzung der verschiedenen Gruppierungen und Einzelpersonen sowie eine gezielte Steuerung der Reichsbürgerszene sind für Niedersachsen bislang aber nicht zu erkennen. Allerdings wird die virtuelle Verknüpfung im Internet erfolgreich zur Mobilisierung eines Unterstützerumfeldes genutzt. (Stand: 02/2017)

Besorgniserregend sind Gewaltdelikte und ein teilweise erheblicher Waffenbesitz in der Szene, ebenso wie die Werbeversuche von „Reichsbürgern“ bei Angehörigen der öffentlichen Verwaltung.

Ziele

Mit ihren Verhaltensweisen streben „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ an, die Funktionsfähigkeit des Landes Niedersachsen und der Bundesrepublik Deutschland in Gänze abzuschaffen.

Ihre Aktivitäten sollen bei Behörden größtmögliche Verwirrung schaffen und staatliche Stellen vom rechtlich gebotenen Handeln abhalten. Hiermit beschäftigen sie zunehmend Behördenmitarbeiter und stören Abläufe und Verfahren der öffentlichen Verwaltung.

Um weitere Unterstützer für die eigene Sache zu gewinnen und somit den Kampf gegen die staatlichen Institutionen auszudehnen, versuchen „Reichsbürger“, ihre Ideologie aktiv über das Internet zu verbreiten.

Die Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ lebt in einer Parallelwelt internetbezogener Verschwörungstheorien, die sich in der Folge verfestigt und gegenüber der Außenwelt verschließt.

Durch die weitere Verbreitung der Reichsbürgerideologie sowie durch das Sendungsbewusstsein und die nachgewiesene Zunahme an Aktivitäten von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ ist unsere Rechtsordnung erheblichen Beeinträchtigungen ausgesetzt.

